

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

10.12.2007

0110/2007

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Benoît Hamon, Ana Maria Gomes, Véronique De Keyser und Harlem Désir

zur Gewährleistung des Schutzes von Ayaan Hirsi Ali durch die EU

Fristablauf: 26.3.2008

Schriftliche Erklärung zur Gewährleistung des Schutzes von Ayaan Hirsi Ali durch die EU

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf die Artikel 6, 10 Absatz 1 und Artikel 11 Absatz 1 der Charta der Grundrechte,
 - gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass Ayaan Hirsi Ali, niederländische Staatsangehörige, aufgrund der Ausübung ihres von der Charta der Grundrechte garantierten Rechts auf freie Meinungsäußerung mit dem Tod bedroht wird und dass gemäß Artikel 6 dieser Charta „jeder Mensch das Recht auf Freiheit und Sicherheit“ hat,
- B. in der Erwägung, dass die Europäische Union auf den Werten der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruht und der religiöse Fundamentalismus, indem er jeden mit dem Tod droht, der es wagt, die Symbole oder die Ideologie einer Religion zu kritisieren, die grundlegenden persönlichen Freiheiten unmittelbar bedroht und den europäischen Bürgern daher Schutz zu gewähren ist, was umso mehr gilt, wenn sie bereits vor einer solchen Gefahr geflohen sind und in der EU Schutz suchen,
- C. in der Erwägung, dass Ayaan Hirsi Ali unabhängig von den Auffassungen, die zu ihren Äußerungen bestehen mögen, das Recht auf freie Meinungsäußerung zusteht, einschließlich der Äußerung zu religiösen, politischen oder philosophischen Fragen,
1. fordert, dass die Europäische Union die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz von Ayaan Hirsi Ali ergreift, der von den Niederlanden derzeit nicht mehr gewährleistet wird, und zwar unabhängig von dem Land, das sie zu ihrem Wohnsitz erkoren hat, um ihre bereits durch die Bedrohungen beeinträchtigte Freiheit nicht noch weiter einzuschränken;
 2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner den Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Rat und der Kommission zu übermitteln.